

Standpunkte**Doha darf nicht an Europa scheitern**Von **Patrick A. Messerlin**

Die Doha-Runde befindet sich in schwierigem Fahrwasser. Sie leidet unter politischer Führungsschwäche der Vereinigten Staaten (denen traditionellerweise die Rolle des Vermittlers zukommt), unter nach wie vor wenig entwickelten Einflußmöglichkeiten von China und Indien (den zukünftigen Vermittlern) und nicht zuletzt unter der Unfähigkeit Europas, eine den eigenen Interessen Rechnung tragende Strategie zu entwickeln.

Europas Versagen ist nicht mangelndem Interesse oder Deutlichkeit der Wirtschaft zuzuschreiben. Unice, der Dachverband der europäischen Unternehmerverbände, hat sich wiederholt für die Zielsetzung "kein einziger (industrieller) Zollsatz über 13 Prozent am Ende der Implementierungsphase" ausgesprochen. Diese Position spiegelt sich auch in den im März und April veröffentlichten Erklärungen der Internationalen Handelskammer wider, welche keinen Zweifel an deren Unterstützung für die Doha- Runde zulassen.

Unterdessen bestehen der französische Handelsminister und einige andere darauf, daß kein industrieller Zollsatz in Schwellenländern 13 Prozent überschreiten sollte. Darüber hinaus fordern sie einen maximalen Zollsatz auf landwirtschaftliche Produkte in Europa von 100 Prozent, wofür allerdings Ausnahmen möglich sein sollen. Die von ihnen propagierten komplizierten Zollsenkungsformeln würden die Verhandlungen zudem mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zum Scheitern bringen. Dieses Auftreten als "Falken" bringt sie auf Kollisionskurs zum Unternehmertum und läßt grundsätzliche Zweifel an der Verhandlungsbereitschaft einiger Minister aufkommen.

Europäische Politiker nehmen für sich in Anspruch, für eine gute Sache zu kämpfen - den Schutz der Landwirte in Europa. Dies ist schlicht und einfach nicht richtig. Die von europäischer Seite vorgeschlagenen Zollsenkungen schützen wesentlich häufiger Lebensmittelhersteller als Landwirte. Lediglich ein Viertel der rund 200 Produkte mit weiterhin hohem Zollsatz würden landwirtschaftliche Güter sein. Darunter befinden sich Salatgurken, Gewürzgurken, Reis und einige andere schwer zu erratende Posten. Die "strategische Bedeutung" der beiden ersteren ist ziemlich unklar. Und es ist hinlänglich bekannt, daß Reisproduzenten bereits in ausreichendem Maße subventioniert werden, um die Produktion nötigenfalls umzustellen (unter den zehn bedeutendsten landwirtschaftlichen Subventionsempfängern in Frankreich befinden sich sechs Reisproduzenten).

Zweitens stellen die Lebensmittel, die durch den EU-Vorschlag weiterhin am stärksten geschützt bleiben würden, eine sonderbare Mischung dar. Darunter befinden sich Abfallprodukte (Hunde- und Katzennahrung, Innereien, Molke), Produkte ohne Handelspotential (Joghurt) und solche Güter, die zu einer breiten Familie von Lebensmittelerzeugnissen gehören. Eine Liberalisierung bei diesen De-facto-Industrieprodukten würde deren Produzenten zu Anpassungen zwingen und nicht die Landwirte.

Zu guter Letzt variieren die von der EU für die Post-Doha-Periode ins Auge gefaßten Zollsätze für geringfügige Veränderungen in der Produktklassifizierung enorm - der Faktor beträgt 2 oder 3 in einigen Fällen. Dies öffnet der Fehlklassifizierung und schließlich der Korruption Tür und Tor. Ein langfristiges Einfrieren dieser Streuung von Zollsätzen im Rahmen der WTO würde gravierende Verzerrungen in der europäischen Landwirtschaft verursachen. Sollte den europäischen Handelsministern daran gelegen sein, die Auseinandersetzung mit frustrierten Industrievertretern, Dienstleistungsanbietern und Landwirten zu vermeiden, dann ist es an der Zeit zu handeln.

Europa sollte im Bereich Landwirtschaft den bei Industrieprodukten verwendeten Ansatz wiederaufnehmen. Dies würde tiefere Zollsenkungen bei aktuell stark geschützten und weniger tiefe Zollsenkungen bei zur Zeit wenig geschützten Produkten implizieren. Ein solches "Wiederaustarieren" würde zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Von den Senkungen hoher Zollsätze und den dadurch bedingten Wohlfahrtsgewinnen würden die europäischen Konsumenten, speziell die ärmeren, profitieren. Das relativ geringere Absenken ohnehin niedrigerer (hauptsächlich auf Agrarprodukte erhobener) Zollsätze würde stärkere Unterstützung bei den europäischen Landwirten finden und gleichzeitig eine signifikante Marktöffnung bewirken.

Das "Wiederaustarieren" würde außerdem die europäische Haltung gegenüber Subventionen festigen. Je stärker die Zollsenkungen bei landwirtschaftlichen Produkten ausfallen, desto überzeugender kann Europa die Bereitschaft zu lediglich geringfügigen Kürzungen bei heimischen Subventionen vertreten, um gegen eventuelle Handelsturbulenzen gewappnet zu sein. Den Preis für diese Bescheidenheit bei Subventionskürzungen ist Europa

im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten bereit zu zahlen. Er besteht in einer strengeren Definition von erlaubten Subventionen mit dem Ziel der Einkommensstabilisierung anstelle der Produktionsbeihilfe.

Einige europäische Politiker hoffen darauf, die gemeinsame Agrarpolitik (CAP) durch ein Scheitern der Doha-Runde zu retten. Ihnen sollte klarwerden, daß die Doha-Verhandlungen der aktuellen CAP bereits den Todesstoß versetzt haben. Erstens machen sie den Landwirten wie angedeutet die tatsächlichen europäischen Prioritäten klar. Zweitens helfen sie den europäischen Landwirten, die wegen unterschiedlicher Produktionsstrukturen von Land zu Land variierende Bedeutung gemeinsamer europäischer Zollsätze zu verstehen. Ein europäisches Land, dessen Schwerpunkt auf der Produktion stark geschützter landwirtschaftlicher Erzeugnisse liegt, ist im Durchschnitt stärker geschützt als ein Land, das hauptsächlich Güter produziert, die geringeren Zollsätzen unterliegen. Aus diesem Grunde ist die Landwirtschaft in Irland heutzutage etwa doppelt so stark geschützt wie diejenige in Südeuropa. Das vergleichsweise stärkere Absenken höherer Zollsätze würde gleiche Wettbewerbsbedingungen für die europäischen Landwirte schaffen, die diese benötigen im Rahmen einer neuen gemeinsamen Agrarpolitik, die sich durch niedrigere und anders verteilte Subventionen auszeichnet, als dies heute der Fall ist.

Deutschland, auf das die bevorstehende EU-Präsidentschaft zukommt, trägt eine besondere Verantwortung und sollte deshalb sein gesamtes Gewicht in die Waagschale werfen. WTO-Verhandlungen mögen langsam, düster und frustrierend erscheinen - was sie auch tatsächlich sind. Aber sie sind ein Kinderspiel im Vergleich zu den bilateralen Verhandlungen mit frustrierten Schwellenländern, die auf Europa warten, sollte die Doha-Runde scheitern.

**Bildunterschrift:** "Deutschland, trägt besondere Verantwortung."

**Patrick A. Messerlin** ist Professor für Weltwirtschaft am Institute Nationale de Sciences Politiques und Inhaber der Raymond-Barre-Stiftungsgastprofessur an der Goethe-Universität in Frankfurt.

Foto Archiv

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main